



Presseschau vom 24.08.2020

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*.

Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondentT* und die Online-Zeitung *Timer* aus Odessa ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondentT* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Außer der Reihe – Lesetipps:

Volker Bräutigam, Friedhelm Klinkhammer: **Tagesschau-Halali zum Abschuss Lukaschenkos**

Der Westen und seine Medien sind Sieger im Propagandakrieg gegen Lukaschenko. EU-Ratspräsident Michel erklärte: "Die Wahlen in Belarus (...) entsprachen nicht internationalen Standards. Daher erkennen wir die Ergebnisse nicht an." Noch hat dieser Sieg aber keine Folgen. ...

<https://de.rt.com/29nz>

Andrej Koz: **Bataillon und Führungsstab nach Polen entsandt: Was bereitet US-Armee im Osten vor?**

Washington hat sich verpflichtet, 1000 Soldaten mehr und den Kommandostab eines Heereskorps nach Polen zu verlegen. Außenminister Mike Pompeo und Polens Verteidigungsminister Mariusz Blaszczak haben den Vertrag dazu kürzlich unterzeichnet. Dass die Truppenverstärkung gegen Russland gerichtet ist, verschweigt man inzwischen nicht mal mehr. ...

<https://sptnkne.ws/DzqW>

Wladislaw Sankin: **"Wenn in Russland etwas passiert, ist Putin schuld" – Die Causa Nawalny und der deutsche Hochmut**

Die mutmaßliche Vergiftung des russischen Oppositionellen Alexei Nawalny ist seit Tagen

Top-Thema der deutschen Medien. Dieser wurde wie ein Staatsgast empfangen und in die Charité eingeliefert. An seiner Erkrankung geben die Medien – wem sonst? – Putin die Schuld.

<https://de.rt.com/29oy>

abends/nachts:

de.sputniknews.com: **Nawalnys Erkrankung: Deutsche Politiker fordern Sanktionen gegen Russland**

Nach der plötzlichen Erkrankung des russischen Oppositionspolitikers Alexej Nawalny haben Außenpolitiker von FDP, Union und Grünen Strafmaßnahmen gegen Russland gefordert. Politiker sahen als Ursache des derzeitigen Zustands des Kremlkritikers offenbar das Vorgehen der russischen Führung. Der Fall Nawalny trage „eindeutig die Handschrift des russischen Regimes“, sagte etwa der FDP-Außenpolitiker Bijan Djir-Sarai gegenüber Medien. Es sei an der Zeit, die vom deutschen Außenminister Heiko Maas nach dem Mord im Berliner Tiergarten angekündigten „weiteren Maßnahmen“ in die Tat umzusetzen.

„Deutschland muss konkrete, personenbezogene Sanktionen gegen die Hintermänner von Anschlägen auf Oppositionelle ergreifen“, zitiert die DPA Djir-Sarai.

„Gemeinsame klare Sprache“ der EU gefordert

Von Grünen und Union kamen Forderungen nach einer europäischen Antwort. Aus der Sicht des CDU-Außenpolitikers Jürgen Hardt ist Russland „kein vertrauenswürdiger Partner“.

„Umso wichtiger wäre es, dass die Europäische Union eine gemeinsame klare Sprache gegenüber Russland findet, die auch die Wirtschaftsbeziehungen mit einbezieht.“

Ähnliche Forderungen brachte der außenpolitische Sprecher der Grünen, Omid Nouripour, zum Ausdruck. „Der Kreml“ macht laut Nouripour „auch vor der Souveränität anderer Staaten nicht halt.“ Dies sollte Deutschland „im Klartext benennen“ und „als Ratspräsident eine europäische Linie koordinieren“.

Der SPD-Außenpolitiker Nils Schmid rief seinerseits dazu auf, „keine Illusionen“ über den russischen Präsidenten Wladimir Putin zu machen.

Ischinger: Keine zusätzlichen Belastungen für deutsch-russische Beziehungen

Der Vorsitzende der Münchner Sicherheitskonferenz, Wolfgang Ischinger, sieht im Fall Nawalny keine zusätzlichen Belastungen für das Verhältnis zwischen Deutschland und Russland. Es wäre nicht zu einem Transport Nawalnys nach Deutschland gekommen, wenn es dafür nicht grünes Licht aus Moskau gegeben hätte, sagte Ischinger dem „Tagesspiegel“ am Sonntag.

Deutschlands „bürokratischer Kniff“

Der ZDF-Korrespondent Theo Koll kommentierte die Einstufung Nawalnys als „Gast der Kanzlerin“, die erfolgt, obwohl Nawalny kein staatliches Amt bekleidet.

„Dass er kein Staatsträger ist, spielt da keine Rolle“, sagte Koll laut einem Bericht des Senders vom Sonntag.

Das sei „kein politisches Signal“, sondern ein „bürokratischer Kniff, damit der russische Politiker den bestmöglichen Polizeischutz“ erhält, teilte der Journalist unter Verweis auf das Bundesinnenministerium mit.

Nawalnys Erkrankung

Alexej Nawalny war am Donnerstagmorgen von Tomsk nach Moskau unterwegs. Während des Fluges soll er sich plötzlich sehr schlecht gefühlt haben, woraufhin das Flugzeug umgehend in der Stadt Omsk notgelandet ist. Nawalny soll noch an Bord das Bewusstsein verloren haben.

Der Politiker befand sich auf der Intensivstation, lag im Koma und musste künstlich beatmet werden. Das Umfeld von Nawalny geht von einer Vergiftung aus. Laut Nawalnys Sprecherin

Kira Jarmysch wurde dem Politiker etwas „in den Tee gemischt“, denn das sei das Einzige gewesen, was er am Morgen zu sich genommen habe.

Der stellvertretende Leiter des Omsker Krankenhauses, Anatoli Kalinitschenko, teilte mit, dass in Nawalnys Blut und Urin kein Gift oder Spuren davon entdeckt worden seien. Angaben zufolge hätte man fünf Arbeitsdiagnosen untersucht.

Die Omsker Ärzte gaben als vorläufige Diagnose eine Stoffwechselstörung an. Diese soll ein drastisches Absinken des Blutzuckerspiegels verursacht haben.

Am 21. August hatten die Ärzte der Überstellung des Kremlkritikers nach Deutschland zugestimmt. Die Ärzte der Berliner Uniklinik Charité, wo der russische Oppositionelle am Samstagmorgen eingetroffen war, werden wahrscheinlich am Montag über Nawalnys Gesundheitszustand berichten.



https://cdn.de1.img.sputniknews.com/img/07e4/08/14/327751829_0:85:2280:1319_1000x0_80_0_1_c729dff42cdcfd38269ca3005a8122f.jpg

de.sputniknews.com: **Iran: „Sabotageakt“ verursachte Explosion in der Atomanlage Natans**

Die Untersuchungen der Explosion in der Atomanlage Natans haben nach Angaben der iranischen Atomorganisation (AEOI) einen Sabotageakt bestätigt. Das sagte AEOI-Sprecher Behrus Kamalwandi am Sonntag dem iranischen Sender Al-Alam.

„Aber wie es genau passierte, wird von den Sicherheitsbehörden zu gegebener Zeit bekanntgegeben“, fügte er hinzu. Ob es ein interner oder externer Sabotageakt gewesen sei, sagte er nicht.

Damit bezeichnete die iranische Atomorganisation die Explosion Anfang Juli in einem Industrieschuppen in der Anlage Natans erstmals als Sabotageakt. Der Iran hatte die Explosion dort zwar bestätigt, aber zunächst nur von begrenzten Schäden gesprochen. Außerdem hatte die Explosion laut der Organisation auch keine Auswirkungen auf die Arbeit in der Atomanlage selbst, da sich in dem Industrieschuppen kein nukleares Material befunden habe.

Dann aber räumte Sprecher Kamalwandi ein, die Explosion habe doch „beachtliche Schäden“ angerichtet, auch finanzielle. Aber aus sicherheitstechnischen Erwägungen wollte damals keiner in Teheran über die genaue Ursache des Vorfalls sprechen. Gesagt wurde nur, dass der Schuppen bald wieder aufgebaut werde - und moderner und effektiver als zuvor werden würde.

In der Atomanlage Natans im Zentraliran werden sowohl Uran angereichert als auch neue Zentrifugen gebaut und getestet. Daher gab es diverse Spekulationen darüber, was im Juli wirklich in der Anlage vorgefallen war. Die Rede war entweder von einer ausländischen Cyberattacke auf die Anlage oder einer Explosion bei den Tests der neuen Zentrifugen. Später wurde aber auch über einen internen Sabotageakt trotz strenger Überwachung gemunkelt. Das wurde aber nicht bestätigt.



https://cdn.de1.img.sputniknews.com/img/32294/41/322944196_0:139:2875:1692_1000x0_80_0_1_ef3031ea40ef9fb182491e007556e9a6.jpg

vormittags:

de.sputniknews.com: **„Wir verlieren nur Geld“: Trump hält Abbruch von Beziehungen zu China für möglich**

US-Präsident Donald Trump hat in einem Interview mit dem TV-Sender Fox News erneut mit dem Abbruch der Beziehungen zu China gedroht. Er begründete dies mit Milliarden-Verlusten, die die US-amerikanische Wirtschaft wegen der Kooperation mit der Volksrepublik verbucht. Das Gespräch wurde am Montag veröffentlicht.

„Es gibt kein anderes Land, das uns mehr übers Ohr gehauen hat, als China. Wir verlieren Milliarden, Hunderte Milliarden Dollar. Wir bekommen nichts von China. Ja, wir bekommen einige Güter, die wir selbst produzieren könnten, (aber) wir bekommen nichts. Wir verlieren nur Geld“, stellte der US-Präsident fest.

Trump schließt die Möglichkeit des vollständigen Durchtrennens der Beziehungen zu dem kommunistischen Land nicht aus:

„Wenn sie (die Chinesen – Anm. d. Red.) mit uns nicht richtig umgehen, werde ich das (den Abbruch der Beziehungen – Anm. d. Red.) sicher tun“, äußerte sich Trump ultimativ.

Eskalation zwischen China und USA

Durch die Pandemie sind die Beziehungen zwischen den USA und China angespannt. Trump hatte gemutmaßt, dass das Coronavirus in einem Labor im chinesischen Wuhan erschaffen worden sein könnte und drohte China mit Konsequenzen, sollte sich der Verdacht bestätigen. Die Regierung in Peking wies den Vorwurf zurück.

Auch der Streit um die Halbautonomie Hongkong trug zur Verschlechterung der bilateralen Beziehungen bei. Das US-Finanzministerium hatte Restriktionsmaßnahmen gegen elf ranghohe Beamte aus Festland-China und Hongkong verhängt. Die Behörde begründete die Sanktionen damit, dass diese Personen „die Autonomie Hongkongs und die Rede- und Versammlungsfreiheit der Bürger Hongkongs untergraben haben“.

Darüber hinaus hatten die Vereinigten Staaten den chinesischen Telekommunikationskonzern Huawei mit Sanktionen belegt. Die USA warfen Huawei Zusammenarbeit mit dem Militär und den Geheimdiensten Chinas sowie mögliche Überwachung von Kunden vor und empfehlen einer Reihe von Ländern, die Infrastruktur und Ausrüstung von Huawei bei der Umstellung auf den 5G-Mobilfunkstandard nicht zu verwenden.

Überdies hatte der US-Präsident vor Kurzem in den USA alle Geschäfte mit der chinesischen Videoplattform TikTok verboten. Trump stützte sich dabei auf eine angebliche Bedrohung der nationalen Sicherheit vonseiten Chinas.



https://cdn.de1.img.sputniknews.com/img/32364/66/323646649_0:384:3073:2047_1000x0_80_0_1_85ba4c59be30a04468636611a1daa4ce.jpg

telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 23. August 2020 wurden keine Verletzungen des Regimes der Feueereinstellung von Seiten der BFU festgestellt.

de.sputniknews.com: **Österreich erklärt russischen Diplomaten zur Persona non grata**
Laut Angaben der „Kronen Zeitung“ am Montag muss erstmals ein russischer Diplomat als „Persona non grata“ Österreich verlassen.

Bis zum 1. September muss der namentlich nicht genannte Russe abreisen. Grund für die Ausweisung sei Spionageverdacht – der Diplomat soll eine Hightech-Firma zugunsten Russlands ausspioniert haben.

Der „Krone“ zufolge half ihm dabei ein österreichischer Bürger, der im betroffenen Unternehmen tätig war. Er gestand die Spionagetätigkeit der beiden gegenüber seinen Vorgesetzten, was eine Ermittlung auslöste.

Auf Anfrage russischer Medien bestätigte die Pressesprecherin des Bundesministers für europäische und internationale Angelegenheiten, Claudia Türtcher, dass ein russischer Diplomat aus der Republik ausgewiesen wird. Sein Vorgehen habe gegen das Wiener Übereinkommen über diplomatische Beziehungen verstoßen, sagte sie.

Die russische Botschaft in Wien reagierte empört auf die Entscheidung der österreichischen Behörden, die sie als grundlos bezeichnete. Eine angemessene Antwort Moskaus werde bald folgen, hieß es.

Der erste stellvertretende Leiter des Internationalen Ausschusses des russischen Föderationsrates, Wladimir Dschabarow, bezeichnete die Situation als „Missverständnis“: „Wir haben zu Österreich eine gute, feste Beziehung. Betrachten wir die Situation als Missverständnis, das bald aufgeklärt wird“, kommentierte er.

Dschabarow wies zugleich darauf hin, dass in letzter Zeit mehrere europäische Staaten russische Diplomaten ausgewiesen hätten. Dies sei eine schlechte Tendenz, und man müsse überlegen, „warum dies passiert und wer diese antirussische Kampagne steuert“.

Dies ist nicht die erste Spionageaffäre in jüngster Zeit in Österreich, in die Russland angeblich verwickelt ist. Mitte Juni wurde ein pensionierter Offizier des Bundesheeres wegen Spionage für Russland zu drei Jahren Haft verurteilt. 2019 wurde ein Haftbefehl gegen den Russen Igor Saizew erlassen, der den pensionierten Oberst zur Preisgabe von Staatsgeheimnissen bewogen haben soll.



https://cdn.de1.img.sputniknews.com/img/07e4/08/18/327781656_0:91:3076:1756_1000x0_80_0_1_75e83afa5800614a925de306284c3360.jpg

dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feueinstellung für den Zeitraum vom 23. August 3:00 Uhr bis 24. August 3:00 Uhr

Die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: In den letzten 24 Stunden wurden keine Verletzungen des Regimes der Feueinstellung festgestellt.

Gleichzeitig wurden folgende Fälle von Verletzungen der Zusatzmaßnahmen zur Verstärkung und Kontrolle des seit dem 21. Juli 2019 geltenden Regimes der Feueinstellung festgestellt: Um 10:15 Uhr wurde die Durchführung von technischen Arbeiten auf den Positionen der BFU in der Nähe von Schumy registriert.

In den vorangegangenen 24 Stunden wurden keine Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten der BFU festgestellt.

Beginnend mit 00:01 Uhr am 27. Juli 2020 traten gemäß einer in der Kontaktgruppe erreichten Vereinbarung Zusatzmaßnahmen zur Verstärkung und Kontrolle des seit dem 21. Juli 2019 geltenden unbefristeten Regimes der Feueinstellung in Kraft.

de.sputniknews.com: Belarus meldet Provokation seitens Litauens – Vilnius informiert über Grenzverletzung durch Minsk

Weißrusslands Verteidigungsministerium hat auf seiner offiziellen Webseite über den Versuch der Verletzung seines Luftraums seitens Litauen informiert.

„Das Verteidigungsministerium informiert über den Versuch der Verletzung des Luftraums der Republik Belarus. Am 23. August gegen 19:30 Uhr (Ortszeit) wurde von den Dienstkräften der Luftstreitkräfte und den Flugabwehrtruppen eine Provokation seitens der Republik Litauen bei der Ortschaft Wolkowschtschina in der Region Aschmjany unterbunden“, heißt es in dem Schreiben.

Vom angrenzenden Territorium wurde demnach eine Sonde aus acht Luftballons mit antistaatlicher Symbolik gestartet.

Dank den Handlungen der Crews von Mi-24-Hubschraubern sei der Flug der Luftballons ohne Waffeneinsatz unterbunden worden.

„Das Verteidigungsministerium hat entsprechende Materialien vorbereitet und diese an das Außenministerium Weißrusslands zur Vorbereitung einer Note an die litauische Seite geschickt.“

Zugleich teilte das litauische Außenministerium mit, dass am 23. August der weißrussische Botschafter in Litauen, Valeri Baranowski, ins Außenministerium einbestellt worden sei. Ihm wurde wegen der Verletzung der staatlichen Grenze Litauens eine Protestnote überreicht. Laut dem Außenamt Litauens hatte ein weißrussischer Helikopter vom Typ Mi-24 am 23.

August um 18:50 Uhr (Ortszeit) die litauische Staatsgrenze nahe dem Dorf Medininkai passiert.

Beim Besuch eines Militärübungsplatzes im nordwestlichen Gebiet Grodno hatte Weißrusslands Präsident Alexander Lukaschenko zuvor Gegenmaßnahmen im Fall einer Verletzung der weißrussischen Landesgrenze bekanntgegeben. „Ohne Warnung! Sollten sie die Grenze verletzen, reagieren wir ohne Warnung“, sagte Lukaschenko dort.



https://cdn.de1.img.sputniknews.com/img/07e4/08/18/327782345_0:0:3138:1698_1000x0_80_0_1_c82997fda4a575032f3de9ea952ee087.jpg

de.sputniknews.com: **Stromausfall nach Explosion: Syrien ohne Licht – Terrorakt vermutet**

In Syrien ist laut Medienberichten die Stromversorgung zusammengebrochen. „Eine Explosion an der Arabischen Gaspipeline zwischen den Orten Ad Dumayr und Adra nordwestlich der Hauptstadt Damaskus hat zum totalen Ausfall der Stromversorgung in Syrien geführt“, zitierte das staatliche Fernsehen den Elektrizitätsminister Mohammad Kharboutli.

Dem Minister für Erdöl und mineralische Ressourcen, Ali Ghanem, zufolge, könnte der Vorfall an der Rohrleitung, die die südliche Region des Landes mit Gas versorgt, durch einen Terroranschlag verursacht worden sein.

Seine Vermutung bekräftigte Ghanem gegenüber dem Fernsehsender Al-Ikhbariya. „Wir haben festgestellt, dass die Explosion die Folge eines terroristischen Diversionsaktes war“, zitierte der TV-Sender Ghanem.

Laut dem Minister sind drei Kraftwerke außer Betrieb. Es liefen Reparaturarbeiten, die Stromversorgung werde allmählich wieder in Gang gebracht.

„Die Stromversorgung im Stadtzentrum von Damaskus ist wieder aufgenommen worden, in den restlichen Bezirken wird die Stromzufuhr allmählich wiederhergestellt“, sagte Ghanem. Der Minister rechnet damit, dass sich die Situation innerhalb der kommenden Stunden normalisiert.

Elektrizitätsminister Kharboutli betonte, die Stromversorgung werde in den nächsten Stunden auf dem gesamten Territorium des Landes wiederhergestellt.

Mzdnr.ru: **Am 23. August wurden in der DVR keine Tests auf Coronavirusinfektionen durchgeführt**, da das Labor gewartet und desinfiziert wurde.

Am 24. August um 10:00 Uhr sind in der DVR insgesamt 2322 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert.

1069 Patienten sind derzeit in Behandlung, 1125 als gesund entlassen, es gibt 128 Todesfälle. Mit einer bestätigten COVID-19-Diagnose werden derzeit 169 Personen stationär und 900 ambulant behandelt; 505 Personen befinden sich stationär unter Beobachtung; 2076 (- 4 in

den letzten 24 Stunden) sind in häuslicher Quarantäne. Insgesamt befinden sich 3162 Personen unter Beobachtung.

Zum Stand am 24. August wurden Coronavirusinfektionen bei 115 Personen, die seit dem 25. Juni 2020 aus der Ukraine eingereist sind, entdeckt. Alle infizierten Patienten wurden in spezialisierte Einrichtungen des Gesundheitswesens der Republik eingewiesen und werden kostenlos behandelt.

de.sputniknews.com: „**Schwerwiegender Verdacht eines Giftanschlags**“:

Regierungssprecher äußert sich zum Fall Nawalny

Vertreter der deutschen Bundesregierung halten am Montag, dem 24. August, ein Pressebriefing zum Fall Nawalny in Berlin ab. Das Briefing findet zwei Tage nach der Ankunft des russischen Oppositionspolitikers Alexej Nawalny in der Berliner Klinik Charité statt.

Fragen über den Gesundheitszustand und die Behandlung des Kremlkritikers in der Berliner Charité beantwortete Regierungssprecher Steffen Seibert nicht – die Bundesregierung habe dazu keine Auskunft, diese sollte man von Ärzten der Klinik erwarten. Die Idee, dass Nawalny „Kanzleringast“ sei, lehnte Seibert ab, wies aber auf die Erklärung der Bundeskanzlerin bei ihrem Treffen mit dem französischen Präsidenten Emmanuel Macron hin, dass Deutschland bereit sei, Hilfe zu leisten, wenn diese von der Familie des mutmaßlich vergifteten Politikers gewünscht sei.

Der Schutz des BKA, das das Charité-Gebäude überwacht, sei als Sicherheitsmaßnahme aus humanitären Gründen vereinbart worden.

„Unsere Forderung bleibt bestehen – da ein sehr schwerwiegender Verdacht (...) eines Giftanschlags im Raum steht – dass das in voller Transparenz bis ins Letzte aufgeklärt wird“, sagte Seibert.

Zunächst müsse man aber abwarten, was die behandelnden Ärzte feststellen. Die Welt nehme aber den Verdacht einer Vergiftung sehr ernst, denn es gebe dafür „leider in der jüngeren Geschichte Russlands den einen oder anderen Beispielfall“.

Zu Fragen über Einzelheiten des Transports Nawalnys aus der russischen Stadt Omsk nach Berlin konnten die Sprecher nichts sagen, denn dieser wurde von einer privaten Einrichtung (Cinema for Peace) organisiert. Keine Information habe die Bundesregierung auch darüber, wer die Behandlungskosten trage.

Es gehe allerdings „nicht um eine politische Bewertung des innenpolitischen Handelns“ von Nawalny als Oppositionspolitiker – „der Grund, aus der die Bundesregierung diese private Initiative unterstützt, ist humanitär“.

Den Fall Nawalny kommentierte auch Bundesaußenminister Heiko Maas. Bei seinem Besuch in Kiew sagte er:

„Ich gehöre zu denjenigen, die ihre Einschätzung auf Fakten basieren (...). Für den Fall Nawalny fehlen noch viele Fakten – medizinische, aber wahrscheinlich auch kriminologische, und die gilt es abzuwarten.“



https://cdn.de1.img.sputniknews.com/img/07e4/08/18/327782910_0:64:3112:1748_1000x0_80_0_1_7fadffd9873e31eaf65e578feb19e497.jpg

nachmittags:

de.sputniknews.com: **Heiko Maas reist zum Unabhängigkeitstag der Ukraine nach Kiew – Friedenslösung im Fokus**

Bundesaußenminister Heiko Maas will den Friedensprozess in der Ostukraine beschleunigen. Kurz vor seinem Abflug am Montagmorgen nach Kiew sagte der SPD-Politiker: „Wir wollen schneller vorwärts kommen im Minsker Prozess – deshalb reise ich heute nach Kiew.“ Das teilte das Auswärtige Amt mit.

Der Minister wertete die seit über vier Wochen andauernde Waffenruhe in der Ostukraine, die längste seit 2014, als „ein hoffnungsvolles Zeichen“.

Gemeinsam mit seinem Amtskollegen Dmytro Kuleba sowie mit Staatspräsident Wolodymyr Selenskyj und Ministerpräsident Denys Schmyhal wolle er ausloten, „wie dieses positive Momentum nun für wichtige politische Signale genutzt werden kann“, hieß es weiter.

Maas besucht Kiew aus Anlass des ukrainischen Nationalfeiertags – des Tages der Unabhängigkeit, die das ukrainische Parlament am 24. August 1991 proklamiert hatte. Der Bundesaußenminister wolle unter anderem die Reformagenda der ukrainischen Regierung sowie das weitere Handeln im Normandie-Format zur Beilegung des Konflikts in der Ostukraine ansprechen, hieß es.

Zuletzt hatte es im vergangenen Dezember in Paris ein Gipfeltreffen von Russland, der Ukraine, Deutschland und Frankreich gegeben. Kiew und Moskau hatten dabei eine Wiederbelebung des Friedensprozesses für die umkämpften Gebiete in der Ostukraine angestoßen. Die Bezeichnung Normandie-Format leitet sich von der ersten Begegnung dieser Art im Juni 2014 in der französischen Region Normandie ab.

Das Minsker Friedensabkommen war im Februar 2015 unterzeichnet worden. Es baut auf den ersten Minsker Vereinbarungen auf, die nicht umgesetzt wurden.

armiyadnr.su: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR am 24.08.2020

In den letzten 24 Stunden wurden nach Angaben von Beobachtern der DVR im GZKK keine Feuerprovokationen von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine festgestellt.

Um die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit von ihren Verstößen abzulenken, beschuldigt die ukrainische Seite weiter fälschlich uns erdachter Feuerprovokationen in den Gebieten von Awdejewka und Sajzewo.

Außerdem wurde um 5:20 Uhr am heutigen Tag auf den Positionen der 35.

Marineinfanteriebrigade im Gebiet von Showanka die Durchführung technischer Arbeiten

bemerkt.

Wir erinnern daran, dass die Volksmiliz den geltenden Waffenstillstand streng einhält und auf eine friedliche Regelung des Konflikts ausgerichtet ist. Die Beobachter der Vertretung der DVR im GZKK befinden sich ununterbrochen an der gesamten Kontaktlinie und kontrollieren die Einhaltung der Zusatzmaßnahmen zur Verstärkung und Kontrolle des geltenden Waffenstillstands durch unsere Soldaten.

In den Einheiten der BFU wächst die Zahl der Verletzungen aufgrund von Verstößen gegen Sicherheitsbestimmungen bei Übungen zur militärischen Ausbildung weiter. Ein weiteres Opfer der kriminellen Nachlässigkeit wurde der Kommandeur einer Kompanie im 1. Marineinfanteriebataillon der 36. Marineinfanteriebrigade. So schoss der Soldat Rudnik während Schießübungen auf dem Truppenübungsplatz in Ursuf zielgerichtet in Richtung des Leiters der Übungen, in der Folge wurde der Kompaniechef mit einer Schussverletzung am linken Bein in das militärmedizinische Hospital von Mariupol eingeliefert. Bei der Ermittlung wurde festgestellt, dass der Kompaniechef regelmäßig den Soldaten Rudnik in Anwesenheit anderer Soldaten erniedrigte und schlug.

Es besteht weiter ein **geringes Niveau der Disziplin in den Einheiten der ukrainischen Streitkräfte** in der OOS-Zone und die Unfähigkeit der ukrainischen Kommandeure, die Kontrolle über ihre Untergebenen zu gewährleisten. So ereignete sich am 22. August an der Kreuzung des Stroitelej-Prospekts und der Lawizkij-Straße in Mariupol ein Verkehrsunfall, in dessen Folge der Kommandeur eines Zugs der 36. Marineinfanteriebrigade, Leutnant Shuk, zahlreiche Abschürfungen und einen Schlüsselbeinbruch erlitt. Nach vorläufigen Informationen lenkte er ein Fahrzeug vom Typ „Nissan“ in betrunkenem Zustand und verletzte beim Abbiegen nach links die Vorfahrt eines Fahrers eines BAS-Fahrzeug, in der Folge gab es einen Zusammenstoß. Am Ort des Geschehens arbeiteten Mitarbeiter der Polizei, die den Vorfall erfassten.

In der Mehrzahl der Fälle versuchen die ukrainischen Kämpfer beim Aufkommen solcher Situationen, sich freizukaufen oder drohen anderen Verkehrsteilnehmern mit Vergeltung. Wir rufen die Bürger, die Zeugen von Vorfällen unter Beteiligung von Soldaten der militärischen Einrichtungen der Ukraine werden, diese Fälle festzuhalten, sich mit Anzeigen an die Polizei und Ermittlungsorgane zu wenden sowie sie bekannt zu machen, indem sie Fotos und Videos in den sozialen Netzwerken veröffentlichen.

Nach Angaben unserer Quelle in den Einheiten der 35. Marineinfanteriebrigade wird eine Ermittlung zu einem Fall durchgeführt, dass der Soldat Slobodenjuk während der Durchführung von technischen Arbeiten im Gebiet von Showanka verletzt wurde. Slobodenjuk stolperte in stark betrunkenem Zustand und fiel in einen auszurüstenden Schützengraben, dabei erlitt er zahlreiche Brüche an den unteren Gliedmaßen, der Verletzte wurde in das militärmedizinische Hospital von Tschasow Jar eingeliefert.

Die militärisch-politische Führung der Ukraine führt die **informationspropagandistische Kampagne, die auf die Erhöhung des Prestiges des Dienstes in den Reihen der BFU gerichtet ist**, weiter. Um dem übergeordneten Kommando die Ergebnisse der erfolgreichen Ausführung der Maßnahmen der Kampagne zu demonstrieren, zwingen die Brigadekommandeure der BFU wehrpflichtige Soldaten zum Unterzeichnen von Verträgen mit dem Verteidigungsministerium der Ukraine.

Besonderes erfolgreich bei der Agitation von Soldaten waren der Kommandeur der 92. mechanisierten Brigade Kokorjew und der kommissarische Kommandeur der 1.

Panzerbrigade Sidorow, die sich auf den Abmarsch in die Kampfzone im Donbass im Rahmen der Rotation vorbereiten und dringend eine Auffüllung der Reihen der unterstellten Einheiten mit Vertragssoldaten benötigen.

So werden nach Angaben unserer Quellen auf den Truppenübungsplätzen, wo diese Verbände Übungen durchführen, bei den Übungen vorsätzlich unerträgliche Lebensbedingungen für die Soldaten geschaffen. Die wehrpflichtigen Soldaten bekommen kein Essen, in einigen Fällen

wurden sie von ganzen Zügen verprügelt, um sie zu zwingen, einen Vertrag zu unterschreiben. Die für den Zwang zur Unterzeichnung von Verträgen Verantwortlichen wurden vom für moralisch-psychische Betreuung zuständigen stellvertretenden Brigadekommandeur benannt. **Die Coronavirusepidemie verbreitet sich in der Ukraine weiterhin mit enormer Geschwindigkeit**, außerdem vergrößert sich die Zahl neuer Fälle in den Einheiten der BFU. Nach operativen Informationen aus dem Stab der 56. Brigade für den heutigen Tag wurden im 23. Bataillon 17 neue Fälle von COVID-19 festgestellt. Das Brigadekommando hat den Soldaten verboten, den Stationierungsort des Truppenteils zu verlassen und versucht auf jegliche Weise das Ausmaß der Erkrankung gegenüber dem übergeordneten Kommando zu verheimlichen. Die Situation wird durch das Fehlen von antiviralen Medikamenten und Desinfektionsmitteln verschärft. Heute feiert die Ukraine den sogenannten „Tag der Unabhängigkeit des Landes und in diesem Zusammenhang schließen wir Feuerprovokationen gegen Einheiten der Volksmiliz sowie Beschüsse auf die Zivilbevölkerung und Infrastrukturobjekte nicht aus. Wir rufen die internationalen Beobachter auf, die ukrainische Führung dazu zu zwingen, von aggressiven Handlungen, die eine Verschärfung der Lage an der Kontaktlinie befördern können, Abstand zu nehmen.

de.sputniknews.com: **Spiegelbildliche Antwort: Russland erklärt österreichischen Diplomaten zur „Persona non grata“**

Moskau hat am Montag den österreichischen Botschafter ins Außenministerium zu Gesprächen geladen und im Gegenzug einen Diplomaten als „Persona non grata“ eingestuft. Die „Kronen Zeitung“ berichtete zunächst über einen russischen Diplomaten, der „über Jahre hinweg mit Unterstützung eines österreichischen Staatsbürgers Wirtschaftsspionage in einem Hightech-Unternehmen betrieben“ haben soll.

Er muss demnach bis 1. September Österreich verlassen. Die Pressesprecherin des Bundesministers für europäische und internationale Angelegenheiten, Claudia Türtcher, bestätigte am Montag auf Anfrage, dass ein russischer Diplomat aus der Republik ausgewiesen wird. Sein Vorgehen habe gegen das Wiener Übereinkommen über diplomatische Beziehungen verstoßen, sagte sie.

Der österreichische Botschafter, Johannes Aigner, wurde ins russische Außenministerium einbestellt, wo ihm „ein entschlossener Protest im Zusammenhang mit der unbegründeten Entscheidung der österreichischen Seite“ bekundet wurde.

Der stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten im russischen Föderationsrat, Wladimir Dschabarow, erinnerte daran, dass in den letzten Monaten bereits mehrere ähnliche Vorfälle aufgetreten waren.

„Wir müssen darüber nachdenken, warum es dazu kommt, wer diese antirussische Kampagne leitet“, sagte der Senator. ...

de.sputniknews.com: **Weißrusslands Ex-Präsidentschaftskandidatin Tichanowskaja wird im EU-Parlament auftreten**

Die ehemalige weißrussische Präsidentschaftskandidatin Swetlana Tichanowskaja wird laut einer offiziellen Pressemitteilung auf der außerordentlichen Video-Sitzung des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten, Menschenrechte, Gemeinsame Sicherheit und Verteidigungspolitik (AFET) des EU-Parlaments auftreten.

„Mitglieder des EU-Parlaments werden die jüngsten Ereignisse in Weißrussland nach der Präsidentschaftswahl vom 9. August mit der Oppositionsführerin Swetlana Tichanowskaja und der Generalsekretärin des Europäischen Auswärtigen Dienstes, Helga Schmid, diskutieren“, heißt es in der Pressemitteilung.

Der Leiter des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten, David McAllister, begrüßte die Teilnahme von Tichanowskaja:

„Ich freue mich, dass Swetlana Tichanowskaja und Helga Schmid die Einladungen akzeptiert haben, auf der Sitzung unseres Ausschusses aufzutreten.“

Die Sondersitzung wird am 25. August von 11:00 bis 13:00 Uhr im Format einer Videokonferenz stattfinden. ...



https://cdn1.img.sputniknews.com/img/07e4/08/05/327643112_0:0:2831:1532_1000x54180_0_0_7ef4b5a8dbe92c47f6f56a03d057f6ad.jpg

de.sputniknews.com: **Dänemark: Chef des Militärischen Geheimdienstes suspendiert**

Der Chef und zwei Mitarbeiter des Militärischen Geheimdienstes in Dänemark sind vom Dienst suspendiert worden. Laut einer internen Untersuchung habe der Geheimdienst gegen das Gesetz verstoßen und widerrechtlich Informationen über Dänen weitergegeben.

Wie es aus einem Bericht der Aufsichtsbehörde der Nachrichtendienste an die Verteidigungsministerin hervorgeht, waren die Untersuchungen in Gang gesetzt worden, nachdem das Kontrollorgan von einem oder mehreren Whistleblowern informiert worden war. In einer Pressemitteilung hieß es am Montag, dass der Militärische Nachrichtendienst von 2014 bis 2020 gegenüber der Aufsichtsbehörde falsche Angaben gemacht und wichtige Informationen zurückgehalten habe. Das Material deute darauf hin, dass Hinweisen auf Spionage im Bereich des Verteidigungsministeriums nicht nachgegangen wurde. Außerdem seien operative Aktivitäten ausgeführt worden, die gegen das dänische Recht verstoßen. Unter anderem seien große Mengen an Informationen über Dänen gesammelt und weitergegeben worden.

Verteidigungsministerin Trine Bramsen sagte, sie nehme die Sache sehr ernst und werde eine unabhängige Untersuchung der Vorwürfe in Gang setzen.



https://cdnde1.img.sputniknews.com/img/07e4/08/18/327783965_0:193:3072:1855_1000x541_80_0_0_520b78e66bf320e0052c84c1d70cf4ab.jpg

de.sputniknews.com: **Weißrussland soll als erstes Land russischen Corona-Impfstoff importieren**

Weißrussland soll das erste Land der Welt werden, das den russischen Impfstoff gegen das Coronavirus „Sputnik V“ importieren wird. Das haben die Präsidenten der beiden Länder, Alexander Lukaschenko und Wladimir Putin, am Montag vereinbart.

Lukaschenko und Putin führten am heutigen Montag ein Telefonat und besprachen unter anderem die Zusammenarbeit ihrer Länder bei der Bekämpfung der Corona-Verbreitung. „Die Präsidenten einigten sich darauf, dass weißrussische Bürger freiwillig an der dritten Phase der klinischen Prüfungen des russischen Impfstoffs teilnehmen werden. Weißrussland wird auch das erste Land sein, das den Impfstoff geliefert bekommen wird“, zitiert die staatliche Nachrichtenagentur Belta.

Außerdem erörterten die beiden Staatschefs die Lage in Weißrussland. Lukaschenko soll dem russischen Präsidenten mitgeteilt haben, welche Maßnahmen zur Stabilisierung der heiklen Situation getroffen werden.

Das russische Gesundheitsministerium hat als weltweit erstes Land Mitte August einen Corona-Impfstoff registriert und „Sputnik V“ genannt. Der Impfstoff wurde vom Gamaleya-Zentrum für Epidemiologie und Mikrobiologie in Gemeinschaft mit dem Russischen Fonds für Direktinvestitionen entwickelt. Nach Angaben des Leiters des Fonds, Kirill Dmitriev, sind bereits Anträge aus 20 Ländern für den Kauf von insgesamt einer Milliarde Impfdosen gegen das Coronavirus bei der Organisation eingereicht worden. Inzwischen hat man die Herstellung des in Russland entwickelten Corona-Impfstoffes in fünf Ländern vereinbart.

Armiyadnr.su: **Dringende Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR am 24. August 2020**

Trotz der positiven Dynamik der Verhandlungen der Kontaktgruppe zur Regelung des Konflikts im Donbass und der erheblichen Reduzierung der Feuerprovokationen setzten die ukrainischen Kämpfer die Provokationen an der Kontaktlinie fort und verletzen die Vereinbarungen.

Heute hat die ukrainische Seite ein weiteres Mal den ersten Punkt der Zusatzmaßnahmen zur Verstärkung und Kontrolle des geltenden Waffenstillstands verletzt, nämlich das Verbot zum Einsatz jeder Art von Fluggeräten.

Im Gebiet von Nowoluganskoje wurde ein Drohne des Typs „Phatonm“ bemerkt, mit deren Hilfe Kämpfer des 2. Bataillons der 24. Brigade die technische Ausrüstung ihrer Positionen kontrollierten und versuchten, Aufklärung unserer Positionen zu betreiben. Außerdem haben Kämpfer des 28. Bataillons der 35. Brigade die **technischen Arbeiten im Gebiet von Nowgorodskoje fortgesetzt**.

Die Verteidiger der Republik sind auf diese Provokationen nicht eingegangen, sie haben das Feuer nicht eröffnet, den Gegner beobachtet und streng das Regime der Feueereinstellung eingehalten.

Außerdem haben Strafsoldaten des 21. Bataillons der 56. Panzergrenadierbrigade aus Peski ein Bündel Ballons steigen lassen und Kämpfer des 2. Bataillons der 54. mechanisierten Brigade haben aus Awdejewka auf Ballons eine Fahne mit faschistischer Symbolik in Richtung unserer Republik fliegen lassen.

Da wir die Hinterhältigkeit und den Zynismus der ukrainischen Kämpfer kennen, schließen wir nicht aus, dass an diesen Ballons möglicherweise Spreng- oder Brandsätze befestigt sind, die der Zivilbevölkerung der Republik Schaden zufügen sollen.

Das Kommando der Volksmiliz ruft die Einwohner der frontnahen Bezirke der Republik auf, wachsam und vorsichtig zu sein. Informieren sie unverzüglich die Notfalldienste der

militärischen Einrichtungen der Republik über alle verdächtigen Objekte.

Wir rufen die internationalen Beobachter ein weiteres Mal auf, Maßnahmen zu ergreifen, um die ukrainische Seite zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen zu zwingen.

de.sputniknews.com: **Charité: Klinische Tests von Nawalny weisen auf Vergiftung hin**

Der kremlkritische russische Politiker Alexej Nawalny, der in der Berliner Charité behandelt wird, befindet sich am Montag weiterhin im künstlichen Koma, Tests weisen auf eine Vergiftung hin. Dies geht aus einem Statement der Universitätsklinik hervor, das Sputnik vorlag.

„Die klinischen Befunde weisen auf eine Intoxikation durch eine Substanz aus der Wirkstoffgruppe der Cholinesterase-Hemmer hin. Die konkrete Substanz ist bislang nicht bekannt und es wurde eine weitere breitgefächerte Analytik initiiert“, hieß es in der Erklärung. Die Wirkung des Gifts sei mehrfach und wurde in unabhängigen Laboren bestätigt. Der Gesundheitszustand von Nawalny, der sich seit Donnerstag in einem Koma befindet, sei ernst, so die Charité-Ärzte. Als Gegenmittel werde ihm Atropin verabreicht. Es bestehe keine akute Lebensgefahr, doch das Ausmaß der möglichen Folgen der Vergiftung lasse sich derzeit nicht einschätzen:

„Der Ausgang der Erkrankung bleibt unsicher und Spätfolgen, insbesondere im Bereich des Nervensystems, können zum jetzigen Zeitpunkt nicht ausgeschlossen werden“.

Cholinesterase-Hemmer

Cholinesterase-Hemmer sind eine breite Gruppe von Substanzen, die bei einigen in der Natur vorkommenden Giften zu finden sind sowie künstlich synthetisiert werden können. Eine kurze Recherche legt Folgendes nahe: Einige Cholinesterase-Hemmer können bei der Behandlung verschiedener Erkrankungen, u.a. Alzheimer, oder als Gegenmittel bei Anticholinergika-Vergiftungen benutzt werden. Zu der Gruppe gehören aber auch einige der bekanntesten und gefährlichsten Toxine, darunter die Nervengifte Sarin, Soman und VX sowie die Giftgruppe „Nowitschok“ (Giftstoffe A-230, A-232 und A-234). ...

de.sputniknews.com: **Weißrusslands Oppositionsführerin Tichanowskaja trifft US-Vizeaußenminister**

Swetlana Tichanowskaja, die Oppositionsführerin Weißrusslands, die sich derzeit in Litauen befindet, hat sich am heutigen Montag in Vilnius mit dem Vizeaußenminister der USA, Stephen Biegun, getroffen. Sie sprach über die Bereitschaft der Opposition, die politische Krise im Land durch einen Dialog über eine friedliche Machtübergabe zu lösen.

Sie forderte außerdem internationale Organisationen zur Vermittlung auf.

„Wir haben immer gesagt, dass wir bereit für einen Dialog sind und eine friedliche Regelung anstreben. Zur Erleichterung des Dialogs sind wir für die Vermittlung internationaler Organisationen offen“, zitiert die Pressestelle Tichanowskaja.

Die weißrussische Opposition fordere ihr zufolge „eine unvoreingenommene Ermittlung zu den Verbrechen der Staatsmacht gegen ihr Volk“. Gleichzeitig rief sie alle Länder auf, die Souveränität und die territoriale Integrität Weißrusslands zu achten. „Nur das weißrussische Volk wird über seine Zukunft bei den neuen gerechten und freien Wahlen entscheiden.“

Hintergrund

Nach den Wahlen in Weißrussland, bei denen Alexander Lukaschenko zum sechsten Mal in Folge gesiegt hatte, floh Tichanowskaja, die als oppositionelle Präsidentschaftskandidatin antrat, nach Litauen. Ihre Abreise erklärte sie zunächst mit dem Wunsch, ihre Kinder zu besuchen. Doch schon bald rief sie von dort aus die Bildung eines Koordinationsrates der Protestbewegung aus, der die Machtübergabe in Weißrussland organisieren soll.

Die weißrussische Generalstaatsanwaltschaft hat diesbezüglich, und zwar wegen der Handlungen, die die nationale Sicherheit des Landes gefährden und den Sturz der aktuellen Macht zum Ziel haben, ein Strafverfahren eingeleitet. Die Opposition beteuert jedoch, dass

ihre Aktivitäten und Ziele auf der Verfassung des Landes basieren.

de.sputniknews.com: **Ungewöhnlicher Nasenimpfstoff gegen Coronavirus entwickelt – US-Forscher**

Eine Forschergruppe aus den USA hat bekanntgegeben, einen Nasenimpfstoff gegen das Coronavirus geschaffen zu haben. Dies berichtet das Fachmagazin „Cell“.

Das Präparat bekämpft Infektionen, nachdem es durch die Nase in den Körper eingeführt wird. Es wurde von Wissenschaftlern der Washington University School of Medicine in St. Louise erfunden.

Das Blatt schreibt, dass eine Portion dieses Impfstoffs dazu beitrage, eine große Zahl von Antikörpern in den oberen und unteren Atemwegen zu bilden. Die Wissenschaftler selbst behaupten, dass das Präparat das Risiko einer Infektionsübertragung erheblich verringern und das Ausbreitungstempo der Pandemie abbauen könne.

Bis dato wurde der Impfstoff nur an Mäusen getestet.

Der Impfstoff wirkt nach folgendem Prinzip: Die Forscher haben an das Adenovirus, das die Erkältung verursacht, ein S-Protein gebunden, das an der Infizierung von Zellen mit Coronavirus beteiligt ist. In das Protein selbst wurden Mutationen eingefügt, die die Bildung von Antikörpern gegen SARS-CoV-2 fördern. Dabei wurde das Adenovirus neutralisiert und fungiert als eine Art „Transport“ für das S-Protein.

In dieser Hinsicht ähnelt der Wirkungsmechanismus des US-Impfstoffs dem zuvor registrierten russischen. Sein Prinzip beinhaltet auch die Einführung von Elementen des Coronavirus in Kombination mit Partikeln von Adenoviren, wonach eine starke und stabile Immunität gegen Covid-19 und eine schwächere gegen Adenoviren gebildet wird. ...

deutsch.rt.com: **Weißrussland: Friedliche Proteste in Minsk, ein Toter in Brest und Lukaschenko in Kampfmontur**

Bei den Protesten in Minsk am Sonntag hat es keine Festnahmen gegeben. Demonstranten drangen bis zum Palast der Unabhängigkeit vor, zogen sich dann jedoch zurück. Unterdessen zeigte sich Lukaschenko an den Absperrungen – in voller Montur mit Sturmgewehr.

Bei den Protesten in Minsk am Sonntag gegen die offiziellen Ergebnisse der Präsidentschaftswahlen hat es keine Festnahmen gegeben. Allgemein habe es keine "keine Ausnahmesituationen" gegeben. Dies gab Olga Tschernomordina, Sprecherin des weißrussischen Innenministeriums, gegenüber der Nachrichtenagentur TASS spät am Sonntagabend bekannt.

Die Demonstranten drangen bis zum Palast der Unabhängigkeit vor, zogen sich dann jedoch nach Angaben von Natalia Ejsmont, Pressesprecherin des weißrussischen Präsidenten, fluchtartig zurück. Ejsmont dementierte zudem Gerüchte vom Wochenende, wonach Lukaschenko aus der Hauptstadt geflohen sei. Der Präsident habe den ganzen Tag im Krisenzentrum gearbeitet, das im Palast der Unabhängigkeit eingerichtet wurde. Er habe die Lage stets unter Kontrolle behalten. Das Internetportal des TV-Senders ONT zitiert: „Auch in dem Moment, als die sogenannten Demonstrierenden gegen Abend zu einer Art, sagen wir, Erstürmung des Gebäudes ansetzten, auch in diesen Minuten befand sich der Staatschef im Palast der Unabhängigkeit. Allerdings können wir wohl sagen, dass der Mut der Demonstrierenden nicht lange vorhielt: Als sie sahen, was passieren kann, machten diese Menschen zügig kehrt und flohen buchstäblich in die entgegengesetzte Richtung.“

Ein Toter bei den gewalttätigen Auseinandersetzungen in Brest

Am Mittwoch vergangener Woche bestätigte das weißrussische Gesundheitsministerium den Tod eines Demonstranten in Brest. Gennadi Schutow wurde im Laufe von Auseinandersetzungen gewalttätiger Demonstranten mit der weißrussischen Polizei am 11. August durch eine Schusswaffe am Kopf verletzt. Schutow wurde zunächst mit einem

Rettungswagen zum Bezirkskrankenhaus von Brest gebracht und dann aufgrund der Schwere seiner Verletzung per Rettungshubschrauber ins Militärklinikum der Stadt Minsk überführt. Trotz der erfolgten medizinischen Maßnahmen erlag der 43-Jährige seinen Verletzungen, schrieb das weißrussische Nachrichtenportal tut.by.

Dem weißrussischen Ermittlungskomitee zufolge gehörte Schutow zu einer mit Eisenstangen bewaffneten Gruppe, die aktiv an den Auseinandersetzungen teilnahm. Der Mann habe zudem die Absicht gehabt, die Dienstwaffe eines Polizisten zu entwenden, hieß es. Von Warnschüssen in die Luft soll sich die Gruppe unbeeindruckt gezeigt haben. Dies habe die Polizisten veranlasst, auf die Beine und Schultern der Angreifer zu zielen. Hierbei soll ein Mann verwundet worden sein.

Gleichzeitig liegen Zeugenaussagen vor, wonach Schutow lediglich als unbeteiligter Passant am Gemenge vorbeigegangen sei. Der tödliche Schuss soll dabei vom Dach eines nahe gelegenen Gebäudes erfolgt sein. Aus dem Polizeibericht geht nicht hervor, ob einer der im Handgemenge gefallenen Schüsse Schutow galt oder der Mann versehentlich am Kopf getroffen wurde. Schutow ist das dritte Todesopfer der Unruhen in Weißrussland.

Unterdessen sind Aufnahmen vom Rundgang Lukaschenkos an den Absperrungen am Palast der Unabhängigkeit aufgetaucht. Der weißrussische Präsident zeigte sich in voller Kampfmontur und mit einem Sturmgewehr bewaffnet. Den Rundgang machte er nach einer Hubschrauberpatrouille über der Stadt, auf die er seinen 15-jährigen Sohn Nikolai mitgenommen hatte. Die beiden stiegen mit kurzläufigen Sturmgewehren bewaffnet aus dem Hubschrauber aus. Geladen waren die Waffen zu diesem Zeitpunkt nicht, erst beim Rundgang setzte Alexander Lukaschenko das Magazin ein.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2020.08/article/5f43b63d48fbef7113691db8.jpg>

abends:

de.sputniknews.com: **Russland wird Weißrussland Luftabwehrsysteme, Helikopter und Schützenpanzerwagen liefern**

Moskau und Minsk haben sich dem weißrussischen Verteidigungsministerium zufolge auf die Lieferung von Militärtechnik an die Republik geeinigt.

„Es wurde eine Reihe von für beide Seiten vorteilhaften Verträgen über die Lieferung, Reparatur und Wartung von Militärprodukten für die Bedürfnisse der Streitkräfte unterzeichnet. Die wichtigsten davon sind: ein Vertrag über die Lieferung von zwei Bataillonsätzen Schützenpanzerwagen BTR-82A, hergestellt vom Maschinenbauwerk in Arsamas; ein Vertrag über die Lieferung des ersten Lots von vier Hubschraubern – Mi-35M“, heißt es in der Nachricht.

Diese Entscheidung wurde getroffen, nachdem die Delegation der Republik unter der Leitung

des Vize-Verteidigungsministers Sergej Simonenko auf dem Armee-2020-Forum fortschrittliche Technologien und die neuesten Waffen studiert hatte. Die weißrussischen Vertreter trafen sich auch mit der Leitung der föderalen Behörde für militärtechnische Zusammenarbeit.



https://cdn.de1.img.sputniknews.com/img/32659/56/326595625_0:345:3072:2007_1000x54180_0_0_96a5d98d6ec9afff07b06d8acac0b6f3.jpg

deu.belta.by: **Belarussische Flugtechnik hat Aufträge ausschließlich im belarussischen Luftraum ausgeführt**

Unter Führung des Departements für internationale Rüstungskooperation hat heute das Verteidigungsministerium das Treffen mit dem Verteidigungsattaché bei der litauischen Botschaft in Belarus durchgeführt. Das berichtete der Telegram-Kanal des Verteidigungsministeriums.

Während des Treffens wurde der litauische Attaché über die Verletzung der Staatsgrenze von Belarus im Luftraum seitens Litauens am 23. August informiert. Er erhielt eine Protestnote. Die Verletzung wurde von Mi-24 der belarussischen Luftstreitkräfte verhindert.

Die Streitkräfte können Beweise liefern, dass unsere Flugtechnik ihre Aufgaben ausschließlich im belarussischen Luftraum ausführte. Die belarussische Seite hofft, dass die Erklärung des litauischen Außenministeriums über die angebliche Verletzung des litauischen Luftraumes durch einen belarussischen Hubschrauber als Aussage ohne Anbindung an die politischen Fragen angesehen werden kann.

de.sputniknews.com: **Russische Ärzte übergaben Nawalnys MRT-Scans an die Berliner Charité**

Nach Angaben des russischen Gesundheitsministeriums haben die Ärzte des Krankenhauses in Omsk, in dem der russische Oppositionspolitiker Alexej Nawalny vor seiner Ankunft in Deutschland behandelt wurde, seine MRT-Scans an Kollegen der Berliner Universitätsklinik Charité übergeben.

Die russischen Ärzte bekamen demzufolge von der deutschen Klinik einen Brief mit einem Ausdruck der Dankbarkeit für die Zusammenarbeit. Das Omsker Krankenhaus erklärte sich bereit, neben den Ergebnissen der Magnetresonanztomographie (MRT) auch weitere Informationen mitzuteilen, so dass die deutschen Fachleute die vollständige Anamnese des Patienten erfahren würden. Laut der Behörde handelt es sich sowohl um Ergebnisse weiterer Labortests, denen der Politiker unterzogen wurde, als auch um biologische Materialien. ...